

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 173 (2007)

Heft: 7-8

Vereinsnachrichten: Die Seite des SOG-Vorstandes : Militärfragen in den Räten : eine
Bilanz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Militärfragen in den Räten – eine Bilanz



In der Sommersession hat die Revision der Armeeorganisation endlich die letzte Hürde genommen. Was im Oktober 2006 in Flims zunächst in ein Debakel mündete, fand nach vielseitigen Anstrengungen ein gutes Ende. Überhaupt stand die Sicherheitspolitik sowohl in der Frühlings- wie in der Sommersession mehrmals auf dem Tagesprogramm des eidgenössischen Parlamentes.

Dass die Revision der Armeeorganisation nicht auf Anhieb gelang, hat weniger mit ihrem eigentlichen Inhalt zu tun als mit einem allgemeinen Malaise, das sich um die Sicherheitspolitik und ihre Ausrichtung rankt. Es ist das Verdienst der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, dass mittlerweile einige Unklarheiten ausgeräumt werden konnten. Sie stellte Fragen, forderte Zusatzberichte und brachte mit einem Kompromissvorschlag den Wagen wieder ins Rollen.

Runde Tische der SOG

Delegationen des SOG-Vorstandes haben sich im Vorfeld der Frühjahrs- und der Sommersession mit bürgerlichen Parlamentariern am runden Tisch getroffen. Im Januar ging es darum, die von der ständerätlichen sicherheitspolitischen Kommission vorgeschlagenen Anpassungen zu diskutieren. Dazu gehörten:

1. Der Verzicht auf die Rollenspezialisierung: Die ganze Infanterie soll für alle Armeeaufträge ausgebildet und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, schwergewichtig auf die Existenz- und Raumsicherung ausgerichtet werden. Diese Forderung stiess bei allen anwesenden Parlamentariern auf ungeteilte Zustimmung.

2. Die Sicherung der Minimalgrösse: Die künftige Armeeorganisation muss gewährleisten, dass sämtliche nötigen Funktionen ausgebildet werden können. Mit dem Abbau von nur zwei statt vier Panzerbataillonen dürfte diese Forderung erfüllt sein.

3. Der Status quo bei den Auslandseinsätzen: Der heutige Bestand bei Auslandseinsätzen soll beibehalten und ein eventueller Ausbau erst für die übernächste Legislaturperiode ins Auge gefasst werden. Bundesrat Schmid hatte dem zugestimmt.

Mit diesen Prämissen ging die AO-Revision in den Ständerat und fand dort am 8. März 2007 die Zustimmung einer grossen Mehrheit.

Damit waren wieder der Nationalrat und vorher seine sicherheitspolitische Kommission am Zug. Deren Beschlüsse bewogen den Vorstand der SOG, Mitte Mai zu einem zweiten runden Tisch einzuladen. Die Kommissionsmotion, wonach die Kapazitäten für die Auslandseinsätze bis 2010 zu verdoppeln seien, erzeugte wieder Unruhe, genauso wie die Minderheits-

anträge, es sei die Zahl der aktiven Panzerbataillone (für die SVP sechs, für die SP vier) in der Verordnung festzuschreiben. Schliesslich brachte die FDP mit ihrer parlamentarischen Initiative, es sei der Durchdieneranteil auf 30% zu erhöhen (was eine Änderung des Militärgesetzes bedingt), ein neues Thema in die Diskussion, das keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der AO-Revision und dem Entwicklungsschritt 08/11 aufweist. Mit diesen beiden Vorstössen strebte vor allem die FDP an, die SP für die AO-Revision zu gewinnen und damit dem ES zum Durchbruch zu verhelfen. Ein unüblicher Ablauf der Tagesordnung trug das Seine bei.

Die SOG wandte sich vor der Sommersession an die Nationalräte mit der Empfehlung, der AO-Revision zuzustimmen. Auch nach dem Abbau von zwei Panzerbataillonen bleibe der Grundsatz, die Raumsicherung zu verstärken, unbestritten, da die zusätzlich benötigten Infanteriebataillone trotzdem aufgestellt werden können. Weiter unterstützte die SOG den Minderheitsantrag, wonach die Armee als Ganzes den erteilten Auftrag erfüllen müsse, wenn auch die Erwähnung von Verfassung und Gesetz in der Verordnung juristisch überflüssig sei. Der Nationalrat folgte hier der Minderheit, womit die Rollenspezialisierung endgültig vom Tisch ist.

Der Nationalrat hat die AO-Revision schliesslich am 11. Juni 2007 mit grossem Mehr genehmigt, wobei es den Mitteparteien gelungen ist, Teile der SP zu gewinnen, was leider das eine oder andere Mitglied der SVP-Fraktion brüskierte. Gemeinsam mit Linken überwiesen die Nationalräte der FDP und CVP die Motion zur Erhöhung der Auslandbestände und die parlamentarische Initiative, die den Durchdieneranteil verdoppeln will. Der Ständerat bereinigte die Differenzen am 13. Juni 2007, die erwähnten Vorstösse wird er in der Herbstsession behandeln. Seine sicherheitspolitische Kommission hatte sich bereits vorgängig gegen die Erhöhung des Durchdieneranteils ausgesprochen.

Brüchige Allianz

Wenn nun auch das angestrebte Etappenziel mit der AO-Revision erreicht ist, wäre es falsch zu glauben, man könne jetzt längerfristig auf eine tragfähige sicherheitspolitische Mehrheit bauen. Wie brüchig die

Allianz der Mitte mit der Linken ist, zeigte die Behandlung des Rüstungsprogrammes 07, das die SP am gleichen 6. Juni ablehnte, an dem sie den Vorstössen der FDP und der mehrheitlich bürgerlichen nationalrätlichen sicherheitspolitischen Kommission zustimmte. Zudem dürften die Meinungen auseinanderdriften, wozu es mehr Durchdiener brauche. Diese sind nämlich die Ersten, die zur Verstärkung der inneren Sicherheit beigezogen werden, wenn es den zivilen Behörden und der militärischen Sicherheit an ausreichenden Kräften fehlt, ein Operationsfeld, auf dem die SP kein Militär duldet. Zum Einsatz im Friedensförderungsdienst können sie als Milizangehörige nicht gezwungen werden; diese Absicht der SP geht also auch nicht auf.

Für die SOG zeigt ein Blick in die Zukunft klar, dass nur eine bürgerliche Mehrheit dauerhaft eine glaubwürdige Militärpolitik machen kann. Natürlich stimmte die SP im Ständerat mit der Mehrheit, als es darum ging, die Taschenmunition künftig im Zeughaus zu lagern (eine Lösung, mit der die SOG nolens volens leben kann). Das wird die SP jedoch nicht daran hindern, die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» zu unterstützen, sich für die Initiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» stark zu machen, gegen die Beschaffung eines Teilersatzes für die überalterte Tiger-Flotte Sturm zu laufen, eine massive Verkleinerung der Armee zu verlangen und damit die allgemeine Wehrpflicht anzugreifen. Das sind alles Schritte, die auf eine empfindliche Schwächung der Armee hinauslaufen oder die gar ihre Abschaffung zum Ziel haben.

Herausforderung Miliz

Die Tendenz, die Milizarmee mit verschiedenen Massnahmen auszuhöhlen, muss gestoppt werden. Dazu braucht es vor allem die systematische Überprüfung der Folgen, welche die jeweiligen Planungen für das Milizsystem zeitigen. Diese Hausaufgaben sind im Zusammenhang mit der Erhöhung des Durchdieneranteils und der Bestandserhöhung der PSO-Kräfte noch nicht gemacht. Es reicht nicht, sich damit zu trösten, dass die nötigen Interessenten sich ohnehin nicht finden lassen werden.

Die SOG will den runden Tisch auf der strategischen Ebene weiterführen und dabei über alle sicherheitspolitischen Instrumente diskutieren. Denn deren Zusammenspiel wird in der heutigen Bedrohungslage immer wichtiger. Ob dies unter dem gemeinsamen Dach eines Sicherheitsdepartements besser funktionieren könnte, wird der SOG-Vorstand an seiner nächsten Klausur erörtern. ■